

"Willy Brandt: Die Europabewegung" in Das Sozialistische Jahrhundert (1949)

Legende: Willy Brandt analysiert 1949 kritisch die Entstehung der ersten europäischen Bewegungen und spricht über die Tragweite des europäischen Gedankens in Deutschland.

Quelle: Das Sozialistische Jahrhundert. 1949, Nr. 3; 3. Jg. Berlin: Louise Schröder und Otto Suhr. "Die Europabewegung", auteur:Brandt, Willy , p. 146-149.

Urheberrecht: (c) Das Sozialistische Jahrhundert

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"willy_brandt_die_europabewegung"_in_das_sozialistische_jahrhundert_1949-de-860639a6-6d52-4303-a3fd-4b8dd015b159.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 03/07/2013

Die Europabewegung

Aus einer Reihe nationaler Vereinigungen und internationaler Komitees ist während des letzten Jahres die allgemeine Europabewegung entstanden. Sie ist keine Angelegenheit der Länder, hat aber schon einen gewissen Einfluß auf die Entscheidungen verschiedener Regierungen und Parlamente ausüben können. In den einzelnen Ländern — zunächst denjenigen, die am Marshall-Plan beteiligt sind — werden nationale Räte der Europabewegung gebildet oder sind bereits gebildet worden. Es wird sich nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie um eine Vertretung der früheren Europabünde handeln, sondern um eine Zusammenfassung repräsentativer Persönlichkeiten, die sich für den Gedanken der europäischen Einheit einsetzen. Aus den Vertretungen in den verschiedenen Ländern entsteht der Große Europäische Rat. Ihm steht ein Exekutivkomitee zur Seite.

Die Einschaltung der Sozialisten

Leider ist es nicht immer möglich gewesen, eine gruppenegoistische Ausschaltung des Europagedankens zu verhindern. Die maßgebliche Rolle, die Winston Churchill in diesem Zusammenhang gespielt hat, konnte zu Befürchtungen oder jedenfalls Mißverständnissen Anlaß geben. Nicht zu verkennen ist weiter, daß sich der politische Katholizismus um maßgeblichen Einfluß auf die Europabewegung bemüht. Dennoch wäre es abwegig, von einer Churchill-Bewegung oder einer Angelegenheit der europäischen Rechten zu sprechen.

Die Beschlüsse des Haager Kongresses im vorigen Jahr und der Brüsseler Ratstagung im Februar dieses Jahres bedeuten keine einseitige Festlegung. Sie können von demokratischen Sozialisten wahrscheinlich unterschrieben, jedenfalls aber als Diskussionsgrundlage akzeptiert werden. Im Haag waren bereits zahlreiche sozialistische Delegierte vertreten. In Brüssel wurde Léon Jouhaux zum Präsidenten des Europäischen Rates gewählt, während der französische Sozialist André Philip neben dem englischen Konservativen Duncan Sandys an die Spitze des Exekutivkomitees berufen wurde. Die belgischen und holländischen Sozialdemokraten haben sich ebenso wie die Franzosen zu aktiver Mitarbeit entschlossen. Die österreichischen und schweizerischen Sozialdemokraten haben sich zurückgehalten. Die Italiener scheinen einen wohlwollenden, zum Teil betont positiven Standpunkt einzunehmen. Die skandinavischen Sozialdemokraten waren bisher nicht offiziell beteiligt, dürften sich aber in absehbarer Zeit zur Mitarbeit entschließen und damit den Vertretungen ihrer Länder den Stempel aufdrücken.

Die Zusammensetzung der nationalen Räte ist zunächst recht uneinheitlich, nicht nur wegen der jeweils gegebenen Kräfteverhältnisse, sondern auch wegen des unterschiedlichen Engagements der politischen Strömungen und Parteien. Die Haupttendenz scheint jedoch dahin zu gehen, daß sich Vertreter des demokratischen Sozialismus stärker in die Europabewegung einschalten und in ihr ein Gegengewicht gegen den Traditionalismus bilden.

Die englische Arbeiterpartei hat bisher einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Das hat eine Reihe von Labour-Abgeordneten und Gewerkschaftsvertretern nicht an individueller Mitarbeit gehindert, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Labour Party ihre Haltung überprüfen wird.

Die anfängliche Reserve der Labour Party war verständlich, denn in England wurde die Europabewegung teilweise von Kreisen vorangetragen, deren Propaganda mit heftigen Angriffen gegen eine Politik sozialen Ausgleichs und rationeller Planung gekoppelt war. Vorschläge zur Bildung westeuropäischer Körperschaften sind von der Labour-Regierung ebenfalls mit einigem Zögern behandelt worden. Sie will ihre Planwirtschaft und das harte Ringen um den sich langsam bessernden Lebensstandard nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. (Sofern es sich um diese Vorbehalte handelt, erübrigt sich von sozialdemokratischer Seite jeder weitere Einwand, denn für den demokratischen Sozialismus hängt außerordentlich viel vom Gelingen des englischen Experiments ab.) Einleuchtend ist auch die Rücksichtnahme der englischen Regierung auf das Commonwealth.

Der Deutsche Europarat

Nichts aber wäre dem europäischen Gedanken abträglicher, als wenn er in der blassen Theorie verkümmern

oder auf das Niveau der sattsam bekannten Bankettreden abgedrängt würde. Und die in jedem Land zu verzeichnenden praktischen Schwierigkeiten dürfen nicht als Entschuldigung für Passivität dienen. Einmal müssen die heutigen praktischen Möglichkeiten Schritt um Schritt in die Wege geleitet werden. Zum andern muß das Gefühl europäischer Schicksalsverbundenheit angesprochen und entwickelt werden. Ohne den Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, muß man vor allem der jungen Generation durch den Übergang vom engstirnigen Nationalismus zum europäischen Patriotismus einen Ausweg aus der Nachkriegskrise zeigen.

In Deutschland hat der europäische Gedanke starken Widerhall gefunden. Die Unzahl der Vereine, die „Europa“ auf ihre Fahne geschrieben hatten, ist jedoch nicht imstande gewesen, Vertrauen auszustrahlen und stärkeren Anhang zu gewinnen. Mehrfach haben Sektierertum und geschäftstüchtige Wichtigtuerei einer guten Sache Abbruch getan.

Vor der Brüsseler Konferenz wurde ein vorläufiges Komitee des Deutschen Europarates gebildet. In ihm sind vier der ernster zu nehmenden Sondervereinigungen vertreten, nämlich die Europa-Union, der Bund europäischer Föderalisten, die Liga für Weltstaatsregierung und der Internationale Studentenbund für übernationale Föderation. Dem vorbereitenden Komitee gehören namhafte Vertreter des öffentlichen Lebens, darunter verschiedene Sozialdemokraten, an. Von ihm wurde die deutsche Delegation zusammengestellt, die an der Brüsseler Tagung teilgenommen hat.

Die Bildung des Deutschen Europarates ist noch nicht abgeschlossen. Man darf erwarten, daß bei seiner Zusammensetzung jede Einseitigkeit in gebietlicher, konfessioneller oder anderer Hinsicht vermieden wird. Eine dominierende Rolle der Sondervereinigungen erscheint nicht gerechtfertigt. Vor allem aber sollte beachtet werden, daß es sich hier um eine Zusammenfassung von Privatpersonen handelt. Sie können, wenn sie ihre Aufgabe richtig anfassen, viel tun, um in unserem Volk gute Voraussetzungen für eine Eingliederung in Europa zu schaffen und eine solche Eingliederung auf dem Wege über die Europabewegung mit vorbereiten zu helfen. Nur eins können und dürfen sie nicht: Entscheidungen einer künftigen deutschen Regierung vorwegnehmen!

Europäische Wirtschaftsplanung

Zwischen der Arbeit für eine politische Föderation und der Durchführung gemeinsamer wirtschaftlicher Maßnahmen braucht nicht gewählt zu werden. Es wird sich um eine Parallelität der Bemühungen auf beiden Ebenen handeln können und müssen. Die Beispiele der Benelux und der skandinavischen Länder zeigen, daß das Problem der wirtschaftlichen Koordinierung nicht dadurch vereinfacht wird, daß man Europa in kleinere politische Einheiten zerlegt. Sie zeigen auch, daß eine Zoll- und Währungsunion nicht am Anfang der Zusammenarbeit stehen kann. Der relative Planungszwang, der Europa durch den Marshall-Plan auferlegt wurde, hat zur Schaffung des OEEC in Paris geführt. Leider ist festzustellen, daß sowohl bei der kurzfristigen Dollarverteilung wie bei der Ausarbeitung der langfristigen Programme vermeintliche nationale Vorteile eine dominierende Rolle gespielt haben.

Die Brüsseler Tagung der Europabewegung hat sich — ebenso wie die internationale Sozialistenkonferenz im vergangenen Jahre — die Forderung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen gemacht, daß es einer gemeinsamen Kontrolle der Schwerindustrien in allen europäischen (oder für den Anfang: westeuropäischen) Ländern bedarf. Das gilt für die Schwerchemie und Elektrizität ebenso wie für Kohle und Eisen. Auf allen wichtigen Gebieten müssen planende und lenkende Organe geschaffen werden, u.a. für eine Angleichung des Außenhandels und der Zollsätze, währungs- und kreditpolitische Maßnahmen, Lenkung des Großverkehrs, der Ernährung und Landwirtschaft, Ausgleich des Arbeitsmarktes, Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung, Entwicklung zurückgebliebener Gebiete. Die bestehenden und zu schaffenden Planungsstellen, Expertenausschüsse und Kontrollbehörden müssen demokratisch unterbaut und so rasch wie möglich in einem Europäischen Wirtschaftsrat zusammengefaßt werden.

Auf dem Wege zum Europaparlament?

Die französische Regierung hat sich energisch für die Schaffung eines Europa-Parlaments eingesetzt. Auf

dem Wege des Kompromisses hat sich die Westunion inzwischen dahin geeinigt, daß — für eine zunächst begrenzte Zahl europäischer Länder — ein Ministerrat und eine europäische Beratende Versammlung geschaffen werden soll. Da der Ministerrat offenbar nur einstimmig beschließen können wird und eine freiwillige Begrenzung der nationalen Souveränität auf dieser Ebene zunächst nicht vorgesehen ist, muß man den praktischen Ergebnissen seiner Tätigkeit mit einiger Skepsis entgegensehen. Und die vorgesehene Beratende Versammlung ist mit der Gefahr verbunden, daß sie sich in schönen Reden erschöpft. Dennoch ist zu begrüßen, daß ein Forum geschaffen werden soll, vor dem in aller Öffentlichkeit europäische Fragen durch verantwortliche Abgeordnete der Länderparlamente erörtert und der Atmosphäre der Geheimdiplomatie entzogen werden können.

Die Beteiligung der Deutschen

Es muß von Anfang an Klarheit darüber herrschen, daß von der Einbeziehung totalitärer Länder, wie Franco-Spanien, keine Rede sein kann. Die Empfehlungen der Brüsseler Tagung fordern die Anerkennung einer Erklärung der Menschenrechte bei Kontrolle durch einen europäischen Gerichtshof als Vorbedingung der Teilnahme am Europarat.

Die Frage einer deutschen Beteiligung an diesen Körperschaften ist vor der Bildung einer deutschen Bundesregierung jedenfalls nicht spruchreif. Falls dann eine Einladung erfolgt, wird sie einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer neuen Friedensordnung bedeuten können. Die deutsche Entscheidung würde jedoch außerordentlich erschwert, wenn den Deutschen lediglich die Teilnahme an der Beratenden Versammlung, nicht aber am Ministerrat zugestanden werden sollte. Es würde dem europäischen Gedanken Abbruch tun, wenn er mit der Scheidung zwischen Siegern und Besiegten belastet würde.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es vom deutschen Standpunkt aus notwendig, sich sachkundig mit den noch ungelösten Problemen zu befassen, die beim Aufhören der amerikanischen Hilfe akut werden. Die veränderten Bedingungen, unter denen sich der englische und deutsche Außenhandel nach diesem Kriege nebeneinander zu behaupten haben, sind bisher ungenügend geklärt und können auf der Ebene der reinen Konkurrenzangst nie eine vernünftige Lösung finden.

Die Sozialdemokratie hat vom Tage ihrer Neubegründung an betont, daß Deutschland entscheidende Beiträge zum europäischen Wirtschaftsaufbau leisten kann und muß. Sie bedauert, daß Maßnahmen der Besatzungsmächte dieser Zielsetzung bis in die allerletzte Zeit entgegengestanden haben. Eine Gesamtplanung wird einbeziehen müssen, was in Deutschland für die Vollbeschäftigung seiner Menschen bei angemessenem Lebensstandard erforderlich ist. Vernünftige deutsche Interessenpolitik, getragen vom Willen zum Ausgleich und zur gegenseitigen Hilfe, ist ein Stück guter Europapolitik.

Dabei sei zum Schluß noch an eins erinnert: Wenn die Europabewegung nicht auf Abwege geraten soll, darf sie nicht von Feindschaft gegen Rußland oder die slawischen Völker erfüllt sein. Sie wird sich allerdings gegen die expansive und kulturzerstörende Politik durchsetzen müssen, die seit Jahren von den Sowjets betrieben wird. Eine zeitweilige und erzwungene Beschränkung der Zusammenarbeit auf die westlichen und mittleren Teile des Kontinents bedeutet kein Abschreiben der osteuropäischen Völker, ebensowenig wie der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der Westzonen einen Verzicht auf die gesamtdeutsche Lösung darstellt.

Willy Brandt, Berlin